

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1949

37 (13.8.1949)

ETTlinger ZEITUNG

Erscheinungsweise: Montag, Dienstag, Donnerstag und Samstag mittag. Frei Haus 1.85, im Verlag abgeholt 1.65, durch die Post 1.85 zuzüglich 36 Dpf. Zustellgeld. Einzelnummer 15 Dpf.

Badischer Landmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreise: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Dpf. — (Preisliste Nr. 1.)
Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

1./50. Jahrgang

Samstag, den 13. August 1949

31. 37

Europa-Rat sucht Kompromiß

VOM TAGE

Churchill weiterhin in Straßburg
G.L.-Straßburg. Am Freitag nachmittag trat der Ministerrat des Europäischen Rates zusammen, um die Vorschläge des Fünfzehner-Ausschusses der Beratenden Versammlung zu prüfen. Dieser hatte am Vormittag in einer Geheimbesprechung darüber beraten, ob und wie die Vollmachten des Ministerrates gegenüber der Beratenden Versammlung eingeschränkt werden können. Der Präsident des Europäischen Parlaments, Paul Henry Spaak, bemüht sich z. Z. um eine Kompromißlösung.
Winston Churchill, der sich ebenfalls für größere Vollmachten der Beratenden Versammlung einsetzt und ursprünglich nur an der Eröffnung der Beratenden Versammlung teilnehmen wollte, hat beschlossen, seinen Straßburger Aufenthalt auf etwa zwei Wochen auszudehnen.

Appell an den Europa-Rat
(NWDR). Die Werkleitung und der Betriebsrat der Gelsenberg A.G. hat sich in der

Demontagefrage an den Europa-Rat in Straßburg gewandt. In ihrem Schreiben ersuchen die Werkleitung und der Betriebsrat den Europa-Rat im Namen von 100 000 Arbeitern und Familienangehörigen, den Abbau des Werkes zu verhindern.

Europa-Hilfe für West-Berlin
Washington (CBS). Die amerikanische Regierung hat beschlossen, Westberlin in das Europa-Wiederaufbau-Programm einzubeziehen. John McCloy, der amerikanische Hohen Kommissar für Deutschland, gab vor Pressevertretern bekannt, die USA würden alles tun, um Westberlin in seinem Existenzkampf zu helfen. Allerdings sei die amerikanische Regierung nicht bereit, das Haushaltsdefizit der Stadt allein auszugleichen.

John McCloy trat nach Abschluß der Pressekonferenz seinen Rückflug nach Deutschland an.

Außenpolitischer Ausschuß lehnt Kürzung der Militärhilfe ab. Im Außenpolitischen Ausschuß des Repräsentantenhauses wurde ein Antrag abgelehnt, der eine Kürzung von Präsident Trumans Militärhilfsprogramm für West-Europa um 50% verlangt. Vor einem Senatsausschuß forderte der Sonderbevollmächtigte für den europäischen Aufbau, Botschafter Harriman, die schnelle Durchführung des militärischen Hilfsprogramms. Ansonsten, erklärte Harriman, könnten sich bei den europäischen Mitgliedsstaaten des Nordatlantischen Vertrages Zweifel einstellen, nachdem sie sich mutig entschlossen haben, eine Beschäftigungspolitik abzulehnen und stattdessen nach gemeinsamer Maßnahmen für eine Sicherung des Friedens zu streben. (NBC)

Israel plant allgemeine Dienstpflicht. Ministerpräsident und Verteidigungsminister Ben Gurion wird dem israelitischen Parlament in Kürze einen Gesetzentwurf vorlegen, der die Einführung der allgemeinen Dienstpflicht in Israel vorsieht. Die Dienstpflicht soll alle Männer im Alter von 18 bis 29 Jahren erfassen, sowie alle ledigen Frauen im Alter von 18 bis zu 26 Jahren. (R)

Argentinischer Außenminister zurückgetreten. Der argentinische Außenminister Dr. Juan Bramuglia, ist zurückgetreten. Dr. Bramuglia teilte seinen Rücktritt nach einer Aussprache mit Staatspräsident Peron mit. (R)

Margaret Mitchell schwer verunglückt. Die amerikanische Schriftstellerin Margaret Mitchell, die Verfasserin des bekannten Buches „Gone with the Wind“, ist schwer verunglückt. Ihr Zustand wird als kritisch bezeichnet. Die Schriftstellerin wurde von einem Auto angefahren. (NBC)

Bombenanschlag in Prag. Der Kraftwagen des amerikanischen Luftwaffenattachés in Prag, John Childs, wurde in der Nacht zum Freitag durch eine Bombenexplosion fast völlig zerstört. Childs selbst befand sich nicht im Wagen. Die Prager Polizei hat die Untersuchung des Vorfalles aufgenommen. Es soll sich um eine primitiv hergestellte Bombe handeln, die unter den Wagen des amerikanischen Attachés gelegt worden war. (R)

Neue Soforthilfe-Termine

Frankfurt/Main (VWD). Der Direktor der Verwaltung für Finanzen hat die im Soforthilfe-Gesetz vorgesehenen Termine für Erklärungen, Zahlungen und Antragsstellungen verlegt. Die Verlegung wurde durch die Verzögerung in der Genehmigung des Gesetzes durch die Militärregierung erforderlich.

Die Vermögensanfrage und die Selbstberechnung der Soforthilfeabgabe sind nunmehr bis zum 20. Oktober abzugeben. Die allgemeine Soforthilfeabgabe ist mit je einem Drittel des Jahresbetrages am 20. Oktober, 20. Dezember 1949 und am 20. Februar 1950 zu entrichten. Für die Landwirtschaft ist die Abgabe mit je der Hälfte des Jahresbetrages am 20. November 1949 und am 20. Februar 1950 fällig. Die Sonderabgabe vom Vorratsvermögen muß mit je einem Drittel am 20. November 1949, am 20. Januar und am 20. März 1950 bezahlt werden, die Amnestiefrist für verschwiegene Vorratsvermögen läuft am 20. Oktober 1949 ab. Der Reuezuschlag ist bis zum 20. November 1949 zu leisten. Die Verwaltung für Finanzen betont, daß die Hin- und Herbewegung der Zahlungstermine keine weitere Verzögerung der Leistungen an die Geschädigten zur Folge habe. Die Unterhaltshilfe ebenso wie die Hausarbeitshilfe seien durch Vorfinanzierung aus Ländermitteln gesichert. Unterhaltshilfe werde vom 1. April 1949 gewährt, wenn der entsprechende Antrag des Geschädigten bis zum 30. September 1949 gestellt werde. Die Gemeindebehörden werden von der Verwaltung für Finanzen so schnell wie möglich mit den für die Antragstellung erforderlichen Vordrucken beliefert werden.

Schließungsrecht der Gaststätten
Bisher bedurfte die stundenweise Schließung der Gaststätten, wenn sie vier Stunden überstieg, der Genehmigung durch die Ortspolizeibehörde. Da diese Bestimmung dem Grundsatz der Gewerbefreiheit widerspricht, ist ein Erlaß in Vorbereitung, wonach die Schließung der Gaststätten wieder in das Ermessen der Betriebsinhaber gelegt wird. Der Erlaß soll in den nächsten Tagen veröffentlicht werden. (HH)

Noch keine Klärung des Jugendlichen-Problems
Projekte, aber keine Beschlüsse

H.H. Stuttgart. Eine Pressekonferenz im Arbeitsministerium, auf der die Frage der Unterbringung der in diesem Jahr zur Schulentslassung kommenden Jungen und Mädchen in Lehrstellen behandelt wurde, ergab gegenüber der kürzlichen Debatte im Landtag nichts wesentlich Neues. Es ist immer noch zu keiner endgültigen Beschlussfassung über die zu ergreifenden Abhilfemaßnahmen gekommen.

Die 55 000 Schulentlassenen dieses Jahres sind bei weitem nicht durch Lehrstellen zu versorgen. Da im kommenden Jahr in Württemberg-Baden mit 65 000 und 1951 sogar mit 75 000 Schulentlassenen gerechnet werden muß, wird die Frage ihrer Unterbringung zu einem Problem, das nicht mehr allein von den Arbeitsämtern gelöst werden kann. Über die Vorschläge zur Einführung eines neunten Schuljahres, der Einführung eines freiwilligen Landjahres und des Aufbaus von Fortbildungskursen liegen keine konkreten Beschlüsse vor. Heute sind über 6000 Jugendliche im Alter von 14 bis 16 Jahren ohne jede Berufstätigkeit. In verschiedenen Städten wäre an sich noch eine Einstellung von Lehrlingen möglich, doch scheitert deren Unterbringung an der Wohnraumfrage. Aus diesem Grund sind von der Caritas, der Evangelischen Jugendpflege und der Arbeiterwohlfahrt Anträge auf Kreditbewilligung zum Bau von Lehrlingsheimen gestellt worden.

Zur Unterbringung von Arbeitslosen in

Notstandsarbeiten wird für jeden Beschäftigten pro Arbeitstag ein verlorener Zuschuß von DM 4.50 bezahlt, dessen Erhöhung auf 5 Mark beantragt ist. Außer dieser Grundförderung erhalten die Gemeinden für Notstandsarbeiten die sogenannte „verstärkte Förderung“, wodurch die anfallenden Kosten bis zu 80 Prozent insgesamt gedeckt werden können. Die restlichen 20 Prozent müssen die Gemeinden jedoch selbst aufbringen, und an dieser Restfinanzierung scheitern zur Zeit noch viele dringende Arbeitsvorhaben. Im ganzen ist im laufenden Jahr für solche Darlehen in Württemberg-Baden ein Betrag von 12 Millionen Mark vorgesehen, von dem bis jetzt in Württemberg etwa eine Million, in Baden über zwei Millionen freigegeben wurden.

Moskau erklärt Jugoslawien zum Feind

Moskau (Radio Moskau). Die russische Regierung hat an Jugoslawien eine Note gerichtet, in der es heißt, sie betrachte die jugoslawische Regierung nicht mehr als Freund und Verbündeten, sondern als Feind der Sowjet-Union.

Die Note, die am Freitag veröffentlicht wurde, ist eine Entgegnung auf die jugoslawische Beschwerde, daß der russische Außenminister Wjatschinski die Außenminister der Westmächte bei ihrer Ablehnung der jugoslawischen Gebietsansprüche an Österreich unterstützt habe. Dies sei eine Verleumdung. In der russischen Note wird erklärt, Jugoslawien sei schon 1947 bereit gewesen, seine Gebietsansprüche an Österreich aufzugeben, wenn ihm dafür bestimmte Rechte an der Betriebsleitung von zwei Kraftwerken auf österreichischem Boden eingeräumt würden. In der russischen Note wird ferner erneut erklärt, Jugoslawien habe mit den Westmächten insgeheim über die österreichische Frage verhandelt.

Wenn Jugoslawien eine einheitliche Front mit den Imperialisten, dem Zusammengehen mit der Sowjetunion vorziehe, dann müsse der Imperialismus die jugoslawischen Ansprüche unterstützen. Abschließend heißt es in der russischen Note, das jugoslawische Volk müsse wissen, daß die sowjetische Regierung das Regime Marschall Titos als sowjetfeindlich betrachte.

Truppenkonzentrationen in Jugoslawien und Südalbanien

(Von unserem Süd-Ost-Sonderberichterstatter G. F. Ackermann z. Zt. Triest)

In jugoslawisch Mazedonien sind seit der Sperrung der Grenze gegen Griechenland und der Einstellung der Hilfe an die griechischen Aufständischen, beträchtliche jugoslawische Truppenkontingente konzentriert worden. Dieses Truppenaufgebot kann man als eine Verteidigungs- und Sicherheitsmaßnahme Tito-Jugoslawiens betrachten. Ferner dient es dem Zwecke, im Falle eines Angriffs durch das Kommunismus, die Infiltration von Banden der „Mazedonischen Liga“ über griechisches Territorium nach Jugoslawien zu verhindern. Andererseits bilden die jugoslawischen Truppen, deren Hauptquartier sich in Skopje befindet, eine Gegenmaßnahme gegen die längs der südalbanischen Grenze zusammengezogenen albanischen Heeresverbände, deren Zahl auf rund 180 000 Mann geschätzt wird.

Wenn man dem in Moskau erscheinenden Kampforagan der titofeindlichen jugoslawischen Emigranten Glauben schenken wollte, wäre noch in diesem Monat mit einer entscheidenden Attacke der

„Mazedonischen Liga“ d. h. des Kommunismus gegen Tito zu rechnen.

Die Selbstschutzmaßnahmen Belgrads scheinen nun diesen etwas vorläufigen, zum „Kalten Krieg“ gehörenden Propagandaattaken aus Moskau zuvorgekommen zu sein, abgesehen davon, daß der leiseste Versuch zur Herstellung einer Landbrücke von Bulgarien nach Albanien mit bewaffneter Hand, auf entschlossenen jugoslawischen Widerstand stoßen würde.

Fraglich ist, ob Jugoslawien in einem solchen Falle mit westlicher Hilfe rechnen könnte. Man ist in gutinformierten Kreisen Triests der Ansicht, daß die Sowjetunion unter den gegenwärtigen Umständen ein Vorgehen gegen Jugoslawien riskieren könnte, ohne damit das Risiko eines dritten Weltkrieges auf sich zu nehmen. Man glaubt, daß die Westmächte Belgrad eine aktive militärische Unterstützung ebenso versagen würden, wie dies gegenüber Tschungking der Fall gewesen sei. Trotzdem sind alliierte Beobachter der Auffassung, daß es Moskau zu keinem Konflikt auf dem Balkan ankommen läßt.

Eines darf trotz allem nicht übersehen werden: Man spielt in beiden Lagern ganz offensichtlich mit dem Feuer und das ist in einem Raum, der schon immer als ein gefährliches Pulverfaß galt, doch nicht ganz unbedenklich. Die nächste Zukunft wird lehren, ob militärische Aufmärsche lediglich eine neue Phase des „Kalten Krieges“ sind oder nicht.

Griechische Offensive

Athen. In einem über den Sender Athen verbreiteten Sonderkommuniqué heißt es: Die Regierungstruppen haben ihre Offensive in dem Grammosgebirge auf das Gebiet des Vidzi-Berges weiter nördlich ausgedehnt. Dieses Gebiet liegt nahe an dem Punkt, wo sich die Grenzen Albanien, Jugoslawien und Griechenlands treffen.

Das Kommuniqué sagt, es seien weitere Stellungen der Aufständischen erobert worden. In der Nacht wurden Gegenangriffe der Aufständischen zurückgeschlagen. 6 der 8 Divisionen der griechischen Armee befinden sich jetzt im Vidzi-Gebiet.

Kulturoffensive gegen Vatikan
G.F.A.-Rom. Eine Kulturoffensive gegen das Exkommunikationsdekret des Vatikans kündigte heute der Vorstand der kommunistischen Partei Italiens an. Die Kirche übe mit Unterstützung des amerikanischen Imperialismus einen geistigen Terror aus, heißt es in einer Resolution, die heute in den kommunistischen Parteizeitungen veröffentlicht wurde.

Erhöhung der Fleischrationen vorgeschlagen. Die deutschen Behörden der Bizone haben dem Zweizehner Rat vorgeschlagen, ab 1. September angesichts der erhöhten Fleischlieferungen die Fleischrationen auf 1000 g monatlich zu erhöhen. (R)

Gefängnis für Omnibusfahrer. Die große Strafkammer des Landgerichts in Konstanz verurteilte 2 Kraftfahrer wegen fahrlässiger Tötung zu 4 und 3 Monaten Gefängnis. Die beiden Verurteilten waren die Fahrer eines Postomnibusses, der am 6. Februar mit 85 Fahrgästen bei Donaueschingen verunglückte. Dabei sind 24 Personen ums Leben gekommen. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß die beiden Kraftfahrer den Omnibus überprüft übernommen hatten. H.H.

Die Tbc-Seuche. In den Großstädten der drei Westzonen und in Berlin wurden über 250 000 an Tuberkulose erkrankte Personen gezählt. Die meisten Tuberkulosekranken sind in Schleswig-Holstein und Berlin. v.W.

Judenfeindliche Meldung? Wegen angeblicher Verbreitung judenfeindlicher Meldungen stellte der Vorsitzende des Strafgerichtes einen Strafantrag gegen den Chef des Düsseldorf Zollfahndungsdienstes. Die Klage wurde bei einem hohen britischen Militärgericht eingereicht. Anlaß war eine Meldung, daß in einem jüdischen Lager 15 Inassen Millionenvermögen besäßen. NWDR

Bradley zum Oberbefehlshaber ernannt. — Präsident Truman hat den bisherigen Stabschef des amerikanischen Heeres, General Bradley, zum Vorsitzenden des Stabsausschusses aller amerikanischen Streitkräfte ernannt, ein Posten, der zeitweilig von General Eisenhower bekleidet wurde. General Bradley wird damit der Sache nach zum amerikanischen Oberbefehlshaber. (NBC)

Am Dienstag Verhandlung gegen Jones
N. Stuttgart. Am kommenden Dienstag beginnt um 16.30 Uhr im Gebäude der GDT in Ludwigsburg die Kriegsgerechtigkeitsverhandlung gegen Russel Jones, der bei einer nächtlichen Fahrt durch Stuttgart und Bad Cannstatt am 1. Mai drei Menschen getötet hatte. Die Verhandlung ist öffentlich.

VON GESTERN AUF HEUTE

Samstag, den 13. August

Nach den morgigen Wahlen zum Bundestag sieht der Terminplan der weiteren Entwicklung folgendermaßen aus: Für den 9. September ist die Wahl des Bundespräsidenten vorgesehen, der nach der neuen Verfassung seinerseits den Bundeskanzler zu ernennen hat. Dieser wiederum muß innerhalb von dreißig Tagen dem Parlament die Ministerliste vorlegen. Somit wäre bis spätestens 9. Oktober mit der Bildung einer westdeutschen Regierung zu rechnen. Wie dazu weiter bekannt wird, fanden über die künftige Minister-Liste bereits vertrauliche Verhandlungen zwischen den Parteien statt. Als sicher gilt heute schon, daß eine Koalition zwischen CDU und SPD nicht in Frage kommt, dagegen sind beide Parteien schon mit der LDP/FDP in Verbindung getreten, um deren Bedingungen für eine Koalition zu erfahren. Nach einer von UP verbreiteten Meldung soll die Ministerliste der Kombination CDU/LDP folgendermaßen aussehen: Präsident: Theodor Heuß; Kanzler: Conrad Adenauer; Innenminister: Hans Ehard (CDU, bayerischer Ministerpräsident); Finanzminister: Hermann Höpker-Aschoff (LDP); Ernährungsminister: Hans Schlange-Schöningen (CDU); Wirtschaftsminister: Ludwig Erhard (CDU); Außenminister: Karl Arnold (CDU). Im Falle einer Regierungsführung durch die SPD sollen folgende Namen präsentiert werden: Präsidentin: Louise Schröder, Berlin; Kanzler: Wilhelm Raisen; Justizminister: Carl Schmid; Innenminister: Erich Ollenauer.

Gegen diese Unduldsamkeit müsse ein großer Feldzug in die Wege geleitet werden.

Machprobe in der Slowakei

Prag (R). Am kommenden Sonntag werden in der Slowakei 2 vom Papst ernannte Titularbischöfe geweiht werden. Die Ernennung erfolgte ohne Genehmigung der tschechoslowakischen Regierung. Im Jahre 1928 war zwischen der Tschechoslowakei und dem Heiligen Stuhl vereinbart worden, daß der Vatikan in der Tschechoslowakei keine Bischöfe ohne Genehmigung des Staates ernennen werde.

Seuchen im Erdbebengebiet

Ecuador (BBC). In dem Erdbebengebiet von Ecuador sind Seuchen ausgebrochen. Die Bevölkerung leidet unter Nahrungsmittelmangel. 8 Pflücker sind von Soldaten erschossen worden. Wie das Rote Kreuz bekannt gab, ist die Ortschaft Libertad vollständig vom Erdboden verschwunden. Am Donnerstagabend wurden neue Erdstöße aus diesem Gebiet gemeldet.

Kann Deutschland neutral sein?

UGrR. — Als einziger Ausweg aus unserer derzeitigen trostlosen Lage wird von vielen Seiten die Neutralität gegen Ost und West empfohlen, doch ohne daß näher ausgeführt wird, wie diese Neutralität beschaffen sein soll. Diese Fragen müßten befriedigend beantwortet werden, ehe man zu der Hauptfrage Stellung nehmen kann, ob eine solche Neutralität für Deutschland überhaupt im Bereich des Möglichen liegt.

Richtig ist, daß Deutschland weder zum Westen noch zum Osten gehört; es ist also ein Drittes, das in keine der beiden derzeit um die Weltmacht ringenden Gruppen hineingehört und das sich deshalb am besten von den Kämpfen der Großen fern — d. h. neutral — verhalten sollte. Die Erfahrung der beiden Weltkriege hat gezeigt, daß Deutschland nicht groß und stark genug war — und es auch in Zukunft niemals sein wird — um allein stehend eine eigene Weltmachtspolitik gegen fast die ganze übrige Welt zu treiben. Wenn wir somit aber — gern oder ungerne — auf eine eigene Großmachtspolitik verzichten müssen, so bleiben uns nur zwei Möglichkeiten: entweder der Anschluß an eine der beiden Machtgruppen oder die Neutralität, das Abstreifen des Scharfes, das Sicherhalten von den Händen der Großen. Wie müßte nun eine deutsche Neutralität beschaffen sein?

Es gibt zwei Arten von Neutralität: Eine selbstgewählte und eine aufgenötigte. Die erstere besteht darin, daß das betreffende Volk sich diese Stellung unter den Völkern selbst aussucht; das ist ernstlich gewünscht, dauernd neutral zu bleiben; daß es sich auch geistig ganz darauf einstellt; und endlich, daß es bereit ist, diese Neutralität mit allen Mitteln — notfalls auch mit Gut und Blut — zu verteidigen. Ein Beispiel für diese Art von Neutralität bietet die Schweiz. Aber alle einsichtigen Schweizer sind sich klar darüber, daß auch diese verhältnismäßig sehr gefestigte Neutralität, die seit fast einhundert Jahren nicht mehr ernstlich in Frage gestellt worden ist, sofort ihr Ende finden würde, wenn es einer Großmacht einfiel, aus irgendwelchen Gründen die Schweiz anzugreifen. Sobald ein solcher Konflikt entsteht, müßte die Schweiz bei den Feinden des Angreifers Hilfe suchen, d. h. von selbst die Neutralität aufgeben. Dabei soll die Frage, inwieweit ein kleiner Staat bei der heutigen Waffentechnik überhaupt die Möglichkeit hat, Krieg zu führen bzw. sich zu verteidigen, unerörtert bleiben. Uns Deutschen fehlen jedenfalls noch auf unabsehbare Zeit hinaus die Möglichkeiten und Voraussetzungen dieser Art von selbstgewählter, bewaffneter Neutralität.

Es bliebe für uns also nur die andere Art von Neutralität, die ich die „passive“ nennen möchte und die darin besteht, daß ein gewisses Gebiet oder Land ohne sein eigenes Zutun von den angrenzenden Großmächten für „neutral“ erklärt wird, welche damit eine Art von Pufferstaat schaffen. Eine solche Neutralität ist aber noch viel gefährlicher, als die selbstgewählte, denn sie kann selbstverständlich von den gleichen Kräften, die sie geschaffen haben, jederzeit wieder beseitigt werden.

Für das ganze Problem ist die geographische Frage von ausschlaggebender Bedeutung. In Europa kann sich nur der von den Großmächtsmächten fern halten, der entweder ganz weit ab liegt oder der — wie die Schweiz — zwar in der Mitte liegt, aber durch geographische Verhältnisse (Gebirge, die den Durchmarsch eines modernen Massenheeres unmöglich machen) geschützt ist. Beides trifft für Deutschland nicht zu. Wir haben offene Grenzen nach beiden Seiten, so daß den beiden Großmachtgruppen im Falle eines Konflikts nichts anderes übrig bleibt, als die deutsche Neutralität zu verletzen, um unser Land als Durchmarschgebiet zu benutzen, auch wenn sie vorher durch noch so viele Verträge „gesichert“ worden wäre.

Da nicht daran zu denken ist, daß wir in die Lage versetzt werden, unsere Neutralität zu verteidigen, könnten wir also immer nur ein ohnmächtiger Pufferstaat sein, den die Großmächte in Ruhe lassen, solange es ihnen paßt, der aber überrannt wird, sobald es hart auf hart geht. Der Nutzen einer solchen Neutralität erscheint sehr fraglich, denn er bestünde eigentlich nur darin, daß wir keine eigenen Militäraufgaben zu tragen hätten. Dafür würde unser Schicksal ganz in der Hand der Großmächte liegen, die auf uns bestimmt keinerlei Rücksicht nehmen würden. Gewiß würde man uns „nur“ im Ernstfall überrennen, aber gerade dieses „nur“ genügt vollkommen. Solange die Sonne scheint, würden wir uns bei unserer Neutralität vielleicht recht wohl befinden; umso sicherer aber würde der Blitz bei uns einschlagen, sobald das Wetter losbricht.

Schließlich sprechen noch andere Umstände gegen die Möglichkeit einer deutschen Neutralität: Wir sind dazu, auch im jetzigen amputierten Zustand, viel zu groß und zwar hinsichtlich der Landesgröße, als auch hinsichtlich der Volkszahl und der wirtschaftlichen Bedeutung. Es liegt im Wesen der Neutralität, daß der betreffende Staat verhältnismäßig klein und schwach sein muß. Schwach sind wir ja z. Zt. genügend, aber durch die Größe unseres Landes und unserer Volkswirtschaft werden wir immer mehr oder weniger

Wer nicht wählt

hat kein Recht mehr zu kritisieren!

Parteien haben das Wort

Die Christlich-Demokratische Union:

Wenn wir auch die Bildung des westdeutschen Staates als eine tragische Notwendigkeit ansehen müssen, so bedeutet sie doch einen großen Fortschritt gegenüber dem bisher herrschenden Zustand: 45 Millionen Deutsche werden wieder in politischer, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht unter einem Gesetz leben, und sie werden nach außen hin wieder einheitlich und eindeutig vertreten werden können. Bei dieser Feststellung vergessen wir keinen Augenblick, daß auch dieser neue deutsche Staat noch unter dem Recht des Besatzungsstatus stehen wird. Welche Kräfte werden nun diesen neuen deutschen Staat gestalten?

Die CDU lehnt sowohl das totalitäre System des Ostens wie auch den Weg des hochkapitalistischen Westens ab. Sie erkennt als erste Voraussetzung für eine Neuordnung in Europa die äußere und die innere Befriedung Deutschlands. Der künftige Friedensvertrag, den die kommende Bundesregierung vorzubereiten und abzuschließen haben wird, muß die Voraussetzungen hierfür schaffen: Die CDU wird sich für die innere Befriedung des neuen deutschen Staates mit aller Entscheidung einsetzen. Nicht Vergeltung und Rache dürfen weiterhin das politische Leben vergiften, sondern die Bereitschaft zur Vergeltung und Versöhnung müssen einen Schlüssel unter die Jahre der Irrungen und Verwirrungen ziehen. Bei allem ehrlichen Willen zu solchem Vergeben dürfen wir aber niemals den Dank vergessen, den wir den Opfern eines grausamen Systems schuldig sind.

Unter den Aufgaben der Bundesregierung ist die Schaffung eines neuen Beamtenrechts nicht die geringste. Die CDU tritt ein für ein tüchtiges, leistungsfähiges und sparsames Beamtenrecht mit einer sauberen, sparsamen und unbestechlichen Verwaltung. Die Entscheidung über die deutsche Wirtschaftspolitik ist von grundlegender Bedeutung für die künftige deutsche Entwicklung. Die Wahl am 14. August wird darüber entscheiden, ob die von der Sozialdemokratie geforderte staatliche Planwirtschaft mit der Sozialisierung der Grundindustrien verwirklicht werden soll. Nach Auffassung der CDU wird diese staatliche Planwirtschaft unweigerlich zu staatlicher Zwangswirtschaft werden mit allen satzsaam bekannten Folgen. Die CDU lehnt daher die staatliche Planwirtschaft ab. Sie vertritt die im Sommer 1948 eingeleitete freie Wirtschaft mit starker sozialer Verpflichtung, die alle produktiven Kräfte freisetzt. Die Wähler werden zu entscheiden haben, ob sie die Fortsetzung dieser günstigen Wirtschaftsentwicklung wollen oder ob sie für sozialistische Experimente sind.

Unser Bauernstand muß so gefördert werden, daß er die kommende ausländische Konkurrenz bestehen kann und dabei doch rentabel zu wirtschaften in der Lage ist. Als schwerstes Hemmnis für die Steigerung der Produktion auf allen Gebieten ist unser wirtschaftsfeindliches Steuersystem anzusehen. Die CDU fordert einen Abbau der Steuersätze und eine Vereinfachung der Steuerverwaltung.

Die CDU will durch ihre Wirtschaftspolitik ferner die Eingliederung der Heimatvertriebenen in den Produktionsprozeß sichern. Darüber hinaus muß alles getan werden, was zur Versorgung der Alten und Arbeitsunfähigen notwendig ist. Für die Kinder der Neubürger fordert die CDU ausreichende Erziehungs- und Studienbeihilfen. Wirklich zu lösen aber ist das Flüchtlingsproblem nur als internationales Problem. Für diese Lösung setzt sich die CDU mit größter Entschiedenheit ein. Der Lastenausgleich ist durch das Soforthilfegesetz eingeleitet worden. Ein gerechter Lastenausgleich wird aber erst durch den Bundestag geschaffen werden können. Dabei wird die CDU im Bewußtsein der moralischen Verpflichtung und der wirtschaftlichen Verantwortung mitarbeiten.

Zu den vorrangigsten Aufgaben der nächsten Zukunft gehört die Planung und Durchführung eines umfassenden Wohnungsbauprogramms. Die CDU wird sich im Bundestag mit größter Energie für die erfolgreiche Bekämpfung des deutschen Wohnungselends einsetzen.

Die Aufgaben des kommenden Bundestages sind gewaltig. Die Kandidaten der CDU bieten die Gewähr, daß der Wille der CDU, ein neues, glückliches, freies und friedliches Deutschland auf christlicher Grundlage zu schaffen, verwirklicht werden wird.

Die Sozialdemokratische Partei:

Die SPD wird ihre Politik der Abwehr gegen die alliierten Interventionen fortsetzen, da sie gegenwärtig als einzige Partei die letzten Reste deutschen Bodens und des deutschen Nationalvermögens verteidigt. Diese politische Aufgabe wird leider noch oft im Gefolge haben, daß der Sozialdemokratie Nationalismus vorzuerworfen wird.

Bitte wahlmüden Verwandten u. Freunden ins Gewissen reden!

mit den großen Weinhändlern verknüpft bleiben. Deutschland ist keine Großmacht mehr und wird voraussichtlich auch keine mehr werden (ob man sich darüber freuen soll oder nicht, bleibe dahingestellt), aber es ist doch auch kein Kleinstaat wie Belgien oder die Schweiz. Heute ist Deutschland eine Klasse für sich: Eine Groß-Ohnmacht, aber auch in diesem Zustand immer noch groß! Es wird deshalb immer ein beachtlicher Faktor in der Weltpolitik sein, wenn auch nur als Objekt No. 1. Neutralität würde bedeuten, daß wir aussteigen wollen, daß wir nicht mehr mitspielen. Das aber wollen und können wir nicht — und die anderen würden es auch nicht lange dulden!

Die Frage einer eventuellen Rückkehr der Flüchtlinge setzt ein machtpolitisches General-Arrangement der Besatzungsmächte voraus. Eine Änderung der Oder-Neiße-Linie ist in diesem Falle möglich, weil Polen sozialökonomisch einfach nicht in der Lage ist, jene Gebiete auszufüllen. Die Flüchtlinge müssen aber vorläufig auf jeden Fall so behandelt werden, als ob sie immer hierblieben.

Bezüglich des Südweststaates ist darauf hinzuweisen, daß die Vereinigung von Württemberg-Baden eine historische Tatsache ist. Da auch die demokratischen Kräfte von Südwürttemberg zu dieser Lösung streben, wird die Schaffung des Südweststaates auch von dem südbadischen Ministerpräsidenten nicht aufzuhalten sein.

Es ist zu bedauern, daß bei der Schaffung des Ruhrstaates den machtpolitischen Einflüssen Frankreichs Rechnung getragen und aus der ursprünglich geplanten internationalen Kontrolle eine internationale Verwaltung gemacht worden ist. Diese Tatsache hat den Einfluß der Ruhrkontrolle in solchem Ausmaß verstärkt, daß sogar die Gewerkschafts- und Verkehrstarife von der Ruhrverwaltung abhängen. Die Sozialdemokratische Partei ist die einzige gewesen, die dies frühzeitig erkannt und bekämpft hat. Die Kommunisten schrieben nicht gegen das Ruhrstatut an sich sondern nur dagegen, daß Rußland nicht mit der Partei ist. Die bürgerlichen Parteien aber ordnen sich dieser so gearteten Verwaltung erstaunlicherweise willig unter.

Die SPD unterstützt die Forderungen der Gewerkschaften vor allem auf Beseitigung des Mißverhältnisses zwischen Preisen, und Löhnen. Um die Arbeitskraft der arbeitenden Menschen zu schützen, tritt die SPD für eine fortschrittliche Arbeitsschutzgesetzgebung ein, für Maßnahmen zum Schutze der Heimarbeiterinnen und Hausgehilfen sowie zur Schaffung eines Berufsausbildungsgesetzes, das die gleichen Ausbildungsmöglichkeiten für Knaben und Mädchen vorsieht. Auch die Gesetze über Kinderarbeit und Jugendschutz werden bei ihrer Neugestaltung die volle Aufmerksamkeit der SPD finden. Ganz besonders liegt der SPD die Verbesserung der Sozialversicherung am Herzen, um den in Ehren abgeworbenen Menschen — Altbürgern wie Heimatvertriebenen — einen sorgenfreien Lebensabend zu verschaffen.

Eine Beteiligung an der künftigen westdeutschen Regierung hängt davon ab, inwieweit ein Wahlergebnis erzielt wird, das die Sozialdemokraten zu einem maßgebenden und gestaltenden Faktor macht. Die SPD wird sich an einer Regierungskoalition beteiligen, wenn ein von ihr entworfenen Regierungsprogramm auch von den anderen Parteien akzeptiert wird. Eine prinzipielle Regierung der Koalition von vornherein gibt es für die SPD nicht, aber es kommt auch keine Regierungsbeteiligung in der bloßen Form der Ja-Sager in Frage. Kann die SPD durch ihre Beteiligung die heutigen Verhältnisse, vor allem die Wirtschaftslage, nicht entscheidend umgestalten, so wird sie eine Beteiligung an der Regierung ablehnen. In einem solchen Fall traut sie sich zu, mehr Einfluß zu haben, wenn sie auf dem Boden einer Opposition die gegenwärtig herrschenden Wirtschaftskreise unter Druck und unter Kontrolle hält. Am allerwenigsten wird sie die Verantwortung für Dinge übernehmen, die von anderen gestaltet werden.

Vergessen Sie nicht,
Ihr Wahlrecht auszuüben!

Die Freie Demokratische Partei:

Es ist wieder modisch geworden, auf die Parteien als solche zu schimpfen. Wir kennen dies gut als Overtüre zu der großen Geschichts-Oper der zwölf Hitler-Jahre. Fast müssen die Parteien gegenüber solchem beserwischen Gerede ihre Existenz rechtfertigen — sie sollen vor den Unbelehrbaren wie vor den Böswilligen darauf verzichten. Sie sollen auch nicht für das, was sie erreicht oder was sie verhindert haben, etwas wie Dank erwarten — die Politik pflegt nicht sentimental zu sein. Wer nach 1945 mit gutem Willen ins öffentliche Leben trat, gleichviel in welcher Gruppe, mußte wissen, wenn er nicht ein Schwärmer war, daß in dem zerstörten und verlichteten Deutschland keine Lorbeeren des Ruhmes zu sammeln waren.

Die Parteien sind nun einmal in der Demokratie die Werkzeuge, um den gestaltlosen Willen der Millionen Form und Formen zu geben — sonst bleibt sie wirkungslosmächtig. Die echten Parteien stellen sich dar in ihren Grundgesinnungen, ihren Programmen, ihren sichtbaren Persönlichkeiten. Sie besitzen — oder sollen doch besitzen — eine umgreifende Vorstellung von dem wünschenswerten Gang der Gesamtgeschichte. Sie scheiden sich dadurch von den Gruppen, die nur an einen Beruf, an eine besondere soziale Schicht, an ein Land oder einen Stamm denken. In ihre Stärke und in ihr wechselseitiges Verhältnis ist das innerdeutsche Schicksal der kommenden Jahre eingebettet, doch nicht nur dieses.

Die bösen Erfahrungen in und nach der Nazi-Zeit haben viele Deutschen parteiunfähig gemacht. Sie sind, was man bei dem und jenem verstehen mag, vorsichtig geworden im Bekennen. Aber der Wahlentscheidung dürfen sie sich nicht entziehen.

Der kommende Bundestag wird eine Fülle von drängenden Aufgaben zu erledigen haben. Die gesetzgeberische Entwicklung der einzelnen Zonen und Länder muß wo die Bundeszuständigkeit vorliegt, wieder zu einer Vereinheitlichung zurückgeführt werden. Das setzt auch guten Willen der Länderregierungen voraus, die im Bundesrat ihr Instrument haben werden. Sehr viele Fragen ließ man schleifen, denn sie konnten in der Vereinzelung zu keiner rechten Wirkung geführt wer-

den. Dazu gehören die Regelungen des Vertriebenen-Problems, der sozialpolitischen Grundordnungen, der beamtenrechtlichen Angelegenheiten, einer umfassenden Reform des öffentlichen Finanz- und Steuerwesens. Diese sind umso schwieriger, als in dem Bonner Werk dafür keine recht befriedigenden Voraussetzungen geschaffen wurden.

Die Funktion der Mittelpartei war ehe und je, um den Ausgleich bemüht zu sein, der einen billigen Sachbeschuß ermöglichte. Das wird auch künftig so sein. Die sachliche Nüchternheit des Urteils, die sich nicht mit Versprechungen und Selbstbetrug über die äußere Ohnmacht der deutschen Staatlichkeit und über die soziale Notlage von Millionen hinwegredet, muß sich mit einer Grundfassung von den öffentlichen Ordnungen und Strömungen begegnen. Die Solidarität in der Gemeinverantwortung gegenüber dem durch Hitler und dem bösen Krieg geschaffenen nationalen Elend ist eine politische wie eine moralische Gegebenheit. Aber die Geister scheiden sich vor der Frage, wie sie fruchtbar gemacht werden könne: durch sozialistische Bindung in der sogenannten „Kommandowirtschaft“ oder durch mögliche Freistellung der Initiative in der wirtschaftlichen Selbstverantwortung. Wir unsererseits glauben, und die Erfahrungen bestätigen dies eindrucklich genug, daß die Bindungen und Zwänge die Moral der wirtschaftenden Menschen verdorben hat, gleichviel welcher Kategorie, daß aber die Selbstentscheidung das Sozialprodukt steigert, und in ihm liegen ja auch die Voraussetzungen, daß das gequälte, boden- und kapitalarme Deutschland die Versorgung der Vertriebenen, der Körperbeschädigten, der Alten und der Kranken erfüllen kann. Sozialismus und Freiheit stehen als Wortpaar ganz nett nebeneinander, in der Wirklichkeit verwandelt sich das „und“ in ein „oder“. Und vor diesem „oder“ soll der Wähler seine Wahl treffen.

Lesen Sie auf Seite 3:
Vom ganzen Volk gewählt!

Die Kommunistische Partei:

Die Kommunisten werden im kommenden Bundestag für eine einfache und übersichtliche Staatsverwaltung eintreten. Es muß klar ersichtlich sein, wer für jede Entscheidung verantwortlich ist.

Wichtige Gesetze sollen vor der Beschlussfassung den Gemeindeverbänden, Gewerkschaften und Berufsorganisationen zur Begutachtung vorgelegt werden, damit die Wähler ihr Mitbestimmungsrecht im Staate nicht nur bei der Wahl ausüben können.

Die Kommunisten werden im Bundestag nicht nur die berechtigten Forderungen aller Schaffenden und Nottleidenden vertreten, sie zeigen auch den Weg, wie diese Forderungen verwirklicht werden können.

Daß allen Nottleidenden, den Flüchtlingen, Kriegsoptern, Fliegergeschädigten geholfen werden soll, daß die Erwerbslosen Arbeit, alle Schaffenden einen ausreichenden Lohn bekommen sollen, das versprechen alle Parteien. Doch wie soll geholfen werden? Woher sollen die Mittel für den Wohnungsbau, für den Lastenausgleich, für die Renten genommen werden, ohne anderen Volksschichten ungerichte und untragbare Lasten aufzubürden? Eine gerechte Lösung ist nur möglich, wenn unser Volk in einem einzigen und unabhängigen Deutschland selbst über seine Wirtschaft und seinen Staat bestimmen kann. Solange Deutschland zerrissen und von fremden Truppen besetzt, unsere Wirtschaft vom Auslandskapital abhängig ist, unser Außenhandel von fremden Konkurrenzinteressen kontrolliert und gedrosselt wird — so lange sind Krise, Arbeitslosigkeit und Massenelend unser Los.

Gewiß ist die Spaltung Deutschlands vor allem durch die weltpolitischen Gegensätze der Großmächte verschuldet. Doch das deutsche Volk kann seine Stimme für die Verständigung und den Frieden in die Waagschale werfen, wenn es selbst einmütig auftritt. Die Vertreter der Großmächte haben sich trotz aller Gegensätze am Verhandlungstisch zusammengefunden und eine, wenn auch noch so geringe Entspannung im Kalten Krieg erreicht.

Aber die Führer der westdeutschen Regierungsparteien haben alle Verhandlungsangebote der Ostzone abgelehnt. Sogar die von allen Großmächten empfohlene wirtschaftliche Verständigung sabotieren sie. Mit der Propaganda gegen die Ostzone und die Kommunisten wollen die Führer unserer Regierungsparteien ableiten vom Bankrott ihrer eigenen Politik. Sie haben sich einseitig in die Politik der Westmächte gebunden und nach deren Weisungen den verknüppelten und lebensunfähigen westdeutschen Bundesstaat geschaffen, dessen Grundgesetz nach ausländischen Weisungen und nicht nach den deutschen Bedürfnissen gemacht wurde.

Die Kommunisten haben sich immer der Politik des Marshallplans und der Spaltung widersetzt. Sie erstreben die Zusammenarbeit aller Deutschen aus allen Zonen für das gemeinsame Ziel eines baldigen Friedensvertrages und des Abzugs aller Besatzungstruppen, der Einheit und des Selbstbestimmungsrechtes für Deutschland. Die deutsche Wirtschaft soll dem deutschen Volk dienen, unser Außenhandel sich ungehindert mit allen Ländern, auch mit denen im Osten, entfalten, unsere Steuergelder sollen statt für Besatzungskosten für den sozialen Wohnungsbau, zur Hilfe für alle Nottleidenden verwendet werden.

Für dieses Ziel werben wir Kommunisten um die Stimmen aller Wähler und Wählerinnen.

Auch auf DEINE Stimme kommt es an!

Zu den Bundestags-Wahlen

Das Wahlverfahren am 14. August

Bei der Bundestagswahl wird zum ersten Mal eine Kombination zwischen Listenwahl (Verhältniswahl) und Personenwahl (Mehrheitswahl) angewandt, nämlich im Verhältnis 40:60, d. h. 60% der Abgeordneten werden unmittelbar von den Wählern bestimmt. Es wird in jedem Wahlkreis nur ein Abgeordneter gewählt. Gewählt ist der Kandidat, der die meisten Stimmen erzielt. Bei dieser direkten Wahl können, im Gegensatz zu den Kandidaten der „Ergänzungslisten“, auch unabhängige Kandidaten, die keiner zugelassenen Partei angehören, aufgestellt werden, wenn sie die Voraussetzungen für eine Kandidatur erfüllen.

Die restlichen 40% der Abgeordneten werden nicht direkt durch die Wähler bestimmt, sondern nach dem sogenannten Höchstzahlverfahren aus den Landesergänzungslisten ermittelt. Für diese Landesergänzungslisten stellen die zugelassenen Parteien Kandidaten auf. Das Höchstzahlverfahren errechnet die Mandate auf folgende Weise:

Alle im Lande bei der direkten Wahl abgegebenen Stimmen jeder Partei werden zusammengezählt. Die auf die einzelnen Parteien entfallenden Summen werden dann durch 1, 2, 3, 4 usw. geteilt. Von den sich daraus ergebenden Zahlenreihen erhält jeweils die Partei, die die nächsthöchste Summe erreicht hat, ein Mandat. Zum Beispiel:

Gesamt-	Partei A	Partei B	Partei C	Partei D
summe	436 748	390 602	140 252	90 348
: 2	218 374	195 301	70 126	45 174
: 3	145 583	130 201	46 751	30 116
: 4	109 187	97 650	35 053	22 587

Nochmals: Keine Stimme darf fehlen!

Die höchste Summe hat aber zuerst die Partei A. Sie bekommt einen Abgeordneten. Das nächste Mandat erhält die Partei B. Das nächste wiederum die Partei A. Dann weiter, in der Reihe der Höchstzahlen, die Parteien B, A, C, B usw. Diese Auszählung wird solange fortgesetzt, bis die Zahl der dem Lande zustehenden restlichen Mandate erreicht ist. Vorher wird jedoch jeder Partei die Zahl der in den Wahlkreisen von ihr errungenen Mandate abgerechnet. Die dann übrig bleibenden Sitze werden in der obengenannten Reihenfolge nach dem Höchstzahlverfahren besetzt. In den Wahlkreisen errungene Mandate ver-

bleiben der Partei auch dann, wenn sie die nach dem Höchstzahlverfahren ermittelte Zahl übersteigen. Die Gesamtzahl der für das Land vorgesehenen Abgeordnetensitze erhöht sich dann um die gleiche Zahl.

Außerdem enthält das Wahlgesetz die sogenannte Fünf-Prozent-Klausel. Alle Parteien, die im Lande weniger als fünf Prozent aller abgegebenen Stimmen haben, werden auf den Landesergänzungslisten nicht mehr berücksichtigt.

Die Stimmabgabe

1. Der Wähler hat eine Stimme persönlich abzugeben; Stellvertretung ist ausgeschlossen. Jeder Wähler hat eine Stimme. Wähler, die des Schreibens unkundig oder durch körperliche Gebrechen behindert sind, ihre Wahlzettel eigenhändig auszufüllen oder in den Umschlag zu legen und diesen dem Wahlvorstand zu übergeben, dürfen sich im Wahlraum der Beihilfe einer Vertrauensperson bedienen.

2. Der Wähler kann sein Wahlrecht nur in dem Wahlbezirk ausüben, in dessen Wähler-

Der Stimmzettel

Wahl zum 1. Bundestag der Bundesrepublik Deutschland

Wahlkreis 10 (Karlsruhe-Land)

1	Gottfried Leonhard CDU	<input type="radio"/>
2	Dr. Will König SPD	<input type="radio"/>
3	Dr. Hermann Keßler DVP	<input type="radio"/>
4	Erwin Schick KPD	<input type="radio"/>
5	Dr. Otto Burkhardt Notgemeinschaft	<input type="radio"/>

hätte aber zwangsläufig eine Senkung der Preise mit zur Folge.

Hand in Hand mit dem Lastenausgleich muß eine erhebliche Senkung der Besatzungskosten und vernünftige Steuerreform geben, wofür die Notgemeinschaft sich gleichfalls einsetzt. Zunächst aber ist nötig, daß vor allem die Rüstungs-, Kriegs- und Hortungsgewinne restlos zugunsten des Lastenausgleichs abgeschöpft werden.

Verbunden in enger Schicksalsgemeinschaft mit den Fliegergeschädigten sind vor allem die Heimatvertriebenen und Währungsbeschädigten.

Auch nach der Wahl wird Ihnen die EZ alles Wichtige objektiv berichten

Das Schicksal der etwa 12 Millionen Heimatvertriebenen ist vielfach noch weit schlimmer. Diese Menschen haben nicht nur Schaden an Hab, Gut und Blut genommen, sie haben auch ihre Heimat verloren. Es ist unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit, uns für diese bedauernswerten Menschen vorbehaltlos ohne egoistische oder bürokratische Hemmung voll und ganz einzusetzen, daß sie bei uns eine neue Heimat sowie gesunde und gleichberechtigte Lebensbedingungen in jeder Hinsicht finden. Sie sollen und müssen sich auch bei uns zu Hause fühlen können, und es ist alles zu tun, was dieses Ziel endlich verwirklicht. Hier ist desgleichen ein individueller Lastenausgleich umgehend erforderlich. Auch für die Flüchtlinge ist bisher von den Parteien so gut wie nichts getan worden, schöne Worte und Versprechungen waren vielfach alles. Die Erbitterung unter den Heimatvertriebenen ist daher begrifflicherweise groß geworden. Es wäre geradezu eine Kulturschande, es bei den bisherigen unglaublichen und unwürdigen Verhältnissen zu belassen. Was den Nöten und Kümernissen der Fliegergeschädigten gesagt worden ist gilt für die Heimatvertriebenen in ungleich größerem Maße!

Versagt haben die Parteien ferner auf dem Gebiet der Währungsreform. Niemals hätten sie es dulden dürfen, daß die Spargelder von Jahrzehnten entwertet worden sind. Man hat ja lange genug vor der Währungsreform gehört, welche Absichten die Militärregierungen verfolgten. Es wäre Aufgabe und Pflicht der Parteien gewesen, laut und kräftig ihr Veto einzulegen. Es hätte kaum überhört werden können. Das Ziel der Notgemeinschaft geht dahin, für eine nachträgliche gewisse Aufwertung nachweisbar alter Sparguthaben einzutreten. Viel Verzweiflung und Leid könnte hierdurch beseitigt oder wesentlich gelindert werden.

Darüber will und wird die Notgemeinschaft sich für die Verwirklichung alles dessen einsetzen, was gerecht, vernünftig, fortschrittlich, anständig und sozial ist, gleichgültig, von welcher Seite die Anregung kommt. Sie wird sich daher auch der Sorgen der Heimkehrer und Körperbeschädigten sowie aller anderen am Fortkommen Behinderten annehmen. Sie will eine Dienerin zum Nutzen des Ganzen sein.

liste er eingetragen ist. Die Inhaber von Wahlscheinen können in jedem beliebigen Wahlbezirk des Landes Württemberg-Baden wählen.

3. Der Wähler erhält beim Betreten des Wahlraums den amtlichen Wahlzettel und den amtlichen Wahlumschlag. Er begibt sich damit in den Nebenraum oder an den mit einer gegen Sicht schützenden Vorrichtung versehenen Nebentisch, kennzeichnet auf dem Wahlzettel den Kreiswahlvorschlag, dem er seine Stimme geben will, durch Ankreuzen + und legt den Wahlzettel in den Wahlumschlag.

4. Der Wähler tritt hierauf an den Tisch des Wahlvorstandes, nennt seinen Namen und auf Verlangen seine Wohnung. Sobald der Schriftführer den Namen in der Wählerliste gefunden hat, übergibt der Wähler den Umschlag mit dem Wahlzettel dem Wahlleiter, der ihn ungeöffnet sofort in die Wahlurne legt.

Der Wähler hat sich auf Verlangen des Wahlvorstandes über seine Person auszuweisen. 5. Inhaber von Wahlscheinen nennen ihren Namen und übergeben den Wahlschein dem Wahlleiter, der ihn nach Prüfung dem Schriftführer weiterreicht.

6. Wahlzettel, die nicht in einem abgestempelten Umschlag oder die in einem mit einem Kennzeichen versehenen Umschlag abgegeben werden, oder denen ein durch den Umschlag hindurch deutlich fühlbarer Gegenstand beigefügt ist, werden vom Wahlleiter zurückgewiesen.

Nach Schluß der Wahlzeit dürfen nur noch die Wähler zur Stimmabgabe zugelassen werden, welche zu diesem Zeitpunkt im Wahlraum schon anwesend sind.

Wahlberechtigt

ist jeder, der in der Wählerliste steht (Wahlkarte) oder einen Wahrschein hat. In den Wahllokalen wirken städtische Beamte als Auskunftsorgane.

Kranke und Gebrechliche

werden auf Wunsch zum Wahllokal gefahren. Man wende sich rechtzeitig an die Vermittlungsstellen im „Hirsch“ und in der „Krone“.

Die Wahlbezirke

wurden in der EZ vom 23. Juli bekanntgegeben. Für Bezirk I—VIII sind die Wahlräume in der Schillerschule, für die Spinnerlei in der Spinnerlei und für alle westlich der Reichsbahnlinie wohnenden Wahlberechtigten im Gasthaus zur Fortuna, Rheinstraße 140.

Geschäftsstellen der Parteien

finden sich, soweit bisher bekannt geworden ist, im „Hirsch“ (CDU) und in der „Krone“ (SPD).

SPD-Versammlung

Zu Beginn der SPD-Wahlversammlung am Freitag abend gab Ortsvorsitzender Ochs bekannt, daß keine Wiederholung der Vorgänge wie in den beiden vorhergehenden Versammlungen anderer Parteien stattfinden sollte und für Ordnung gesorgt werde.

Direktor Orth (Karlsruhe) ging in seinem umfassenden Referat vom Grundgesetz aus, das jetzt als geltendes Recht die Form des deutschen Lebens darstellt. Der Inhalt müsse jetzt durch die Abgabe des Stimmzettels beeinflusst werden. Alles im Leben sei von der Politik abhängig. Deshalb wende sich die SPD z. B. gegen die Ausnützung wirtschaftlicher Macht für politische Zwecke und fordere die Sozialisierung gewisser Grundstoffindustrien. Die Kommunisten seien keine Demokraten, die DVP vertrete noch den „Herr im Haus“-Standpunkt und die CDU bringe durch das als „Elternrecht“ bezeichnete Kirchenrecht eine Spaltung in die Schuljugend, obwohl sie doch für die Erwachsenen die Union der beiden Konfessionen propagiere. Der Kernpunkt sei die wirtschaftliche Notlage. Die Preise der Bedarfsartikel sinken nicht, aber die Arbeitslosigkeit steige. Die SPD sei für die Masse der Hilfsbedürftigen und ihre Vertreter hätten dabei keine inneren und äußeren Schwierigkeiten ge-

Keine ungültigen Stimmen abgeben

scheut. Den Südweststaat bejahe die SPD, weil er auch für Baden Früchte trage. Frauen und Jugend sollten auch verantwortungsbewußt mitarbeiten.

Direktor K. Konz (Karlsruhe) bedauerte Bezeichnungen wie „Wahlkampf“, die nur abschreckend wirken. Das ganze Volk sei eine Notgemeinschaft. Die SPD habe die Finanzhoheit des Bundes befürwortet, da er sonst nicht lebensfähig sei. 35% des Volkes leben von Unterstützung und noch mehr erreichen das Existenzminimum nicht. Deshalb sei das bisherige Wirtschaftssystem untragbar. Die Rechte der Vertriebenen seien anzuerkennen. In Frankfurt habe es an Planung gefehlt und deshalb fordere er alle Notleidenden zum Zusammenschluß in der SPD auf. In der Diskussion erklärte ein Parteilöser, daß Einschüchterungsversuche undemokratisch seien. Die Vertriebenen seien nicht verantwortungslos, sondern hätten die Verantwortung sich aus dem Parteienstreit herauszuhalten. Jaksch und Paul seien abzulehnen. Die Wahl solle ein sichtbares Bekenntnis zur Heimat sein. Dir. Orth wies die Vorwürfe des Diskussionsredners als demagogisch zurück. Die Vertriebenen seien auch in viele Stellen übernommen worden. Er forderte die Versammlung auf, klaren Kopf zu behalten. Ein junger Redner äußerte, daß Dank und Schuld sich auf alle Parteien verteilen. Noch seien keine vollgültigen Ideale da. Politik sei

keine Weltanschauungsfrage. Dir. Konz begrüßte dies Bekenntnis, da er keine Schärfe gegen andere Parteien wünsche und eine Koalition nötig sei. Wer 1945 die Bürde übernommen hat, dürfe nicht diffamiert werden. Es gelte die gemeinsame Not zu überwinden, indem die Besitzenden zur gerechten Verteilung beitragen.

Heute letzte Wahlversammlung

13. 8. 20.30 Uhr Ettlingen, Stadthalle, öffentl. Vers., Ref.: Finanzmin. Dr. Kaufmann und der Kandidat Gottfr. Leonhard.

CDU-Bundeskandidat G. Leonhard erklärt:

Als wichtigste Aufgabe des Bundestages betrachte ich es, daß jeder Abgeordnete alle Aufgaben wichtig nimmt, mit voller Verantwortung und größtem Ernst an jede und zwar auch an die kleinste Aufgabe herangeht, um auf diese Weise, ohne viel Worte zu machen, in sachlicher Arbeit den Wiederaufbau voranzutreiben und dadurch in zäher, aufopferungsvoller Kleinarbeit die Lage unseres Volkes Stück für Stück zu verbessern.

Alle Arbeit muß aber aus christlicher Verantwortung vor Gott und dem Volk heraus getan werden. Wohin alle antichristliche Gesinnung auf die Dauer führt, das zu sehen hatten wir leider nur allzuviel Gelegenheit.

Um unser Christentum nicht nur im kirchlichen Raum oder im stillen Kämmerlein zu führen, sondern diesem Christentum im öffentlichen Leben Ausdruck zu verleihen und auch das öffentliche Leben mit christlichem Geist zu durchdringen, schlossen wir Christen aller Richtungen uns in der Christlich-Demokratischen Union zusammen und arbeiten dort in wirklicher Harmonie für unser gemeinsames Ziel.

Finanzminister Dr. Kaufmann spricht

Nach dem Bundeskandidaten G. Leonhard wird heute abend Finanzminister Dr. Kaufmann sprechen, der vorübergehend auch das Amt des Landesbezirkspräsidenten von Nordbaden übernommen hat. Er ist in letzter Zeit vor allem durch ein konstruktives Programm zur Änderung der von den Alliierten angeordneten Steuergesetzgebung hervorgetreten. Dies Programm sieht die Wiedereingliederung aller Arbeitslosen in den Wirtschaftsprozess und die erhebliche Verstärkung des Wohnungsbaus vor.

CDU-Versammlungen

- 13. 8. 20.30 Uhr Bruchhausen, Bürgersaal, öff. Vers., Ref.: Obering. Adolf Moser.
- 13. 8. 20.30 Uhr Burbach, Schulsaal, öff. Vers., Ref.: Stadtrat Jung.
- 13. 8. 20.30 Uhr Ettlingenweiler, Gasth. Lamm, öff. Vers., Ref.: Stadtrat Vollm.
- 13. 8. 20.30 Uhr Etzenrot, Gasth. Strauß, öff. Vers., Ref.: Abt.-Leiter Ibach.
- 13. 8. 20.30 Uhr Pfaffenrot, Rathaus, öffentl. Vers., Ref.: Dr. Emil Landser.
- 13. 8. 20.30 Uhr Schielberg, Gasth. Lamm, öff. Vers., Ref.: Abt.-Leiter Lohr.

Forderungen der Gewerkschaften an die Kandidaten des Bundestags

1. Beseitigung der Erwerbslosigkeit durch eine Politik der Vollbeschäftigung.
2. Bau von Wohnungen für die arbeitende Bevölkerung. Die Mieten müssen mit dem Lohn- und Gehaltseinkommen im Einklang stehen.
3. Erhöhung des Reallohnes durch Abbau der Preise und Erhöhung der Löhne und Gehälter.
4. Unterbringung der aus ihrer Heimat vertriebenen Deutschen in Lohn und Brot und ausreichende Unterstützung für die anderen Flüchtlinge sowie für bedürftige alte Personen.
5. Demokratisierung der Wirtschaft durch Gesetze, die den Gewerkschaften als Vertretung der Arbeiter, Angestellten und Beamten ein Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrecht in den Betrieben und in der Gesamtwirtschaft geben.
6. Überführung wirtschaftlich entscheidender Wirtschaftszweige, wie Kohle, Eisen, Chemie usw., in Gemeineigentum.
7. Ausbau der Sozialversicherung mit dem Ziele, allen alten und invaliden Menschen eine auskömmliche Existenz und einen ruhigen Lebensabend zu garantieren.

Das Handwerk zur Wahl

In einem Aufruf der Arbeitsgemeinschaft des württ.-bad. Handwerks heißt es u. a.: „Schon immer und gerade auch in den letzten Jahren hat man über die mangelnde politische Aktivität des Handwerks klagen müssen. Eine für die ganze Wirtschaft so bedeutende Gruppe wie das Handwerk, in dessen Reihen sich heute sicherlich genügend politisch fähige Köpfe sind, sollte im wichtigsten Parlament viel stärker vertreten sein.“

Wir richten daher an alle Handwerkangehörigen die dringende Bitte, aktiv an dem Wahlkampf teilzunehmen, an den Versammlungen teilzunehmen und im Bekanntheitskreis für den Mann seines Vertrauens zu werben. Wählt nur diejenigen Vertreter zum Bundestag, welche für eine Ordnung des Wirtschafts- und Soziallebens auf der Grundlage der Privatinitiative und der Selbstverantwortlichkeit sich einsetzen und für einen wirksamen Schutz des Privatigentums gegenüber unnötigen Sozialisierungsbestrebungen eintreten. Gebt den an aussichtreicher Stelle stehenden Vertretern des Handwerks eure Stimme.

WAHLZEIT 8.00 bis 19.00 Uhr

Parteien haben das Wort

Fortsetzung von der 2. Seite

Warum Notgemeinschaft?

Diese Frage beantwortet sich von selbst, wenn man blutenden Herzens durch die Straßen unserer zerbombten Städte und Dörfer geht. Noch immer haben Millionen Deutscher weder Wohnung noch Hausrat, noch Kleider und Wäsche und andere Dinge des täglichen Bedarfs in auch nur einigermaßen erträglichen und ausreichenden Ausmaßen. Viele sind immer noch evakuiert und ohne richtige Existenz.

Diese Nöte und Beschwerden der Fliegergeschädigten, ihrer Kinder und Kindeskinde, derer sich die Notgemeinschaft annimmt, sind derartig groß und tiefgreifend, daß es dringend notwendig ist, sich mit ihnen ganz besonders und mit Nachdruck zu befassen. Niemand wird bestreiten wollen, daß es sich hierbei um eine Frage allerersten Ranges handelt, zumal viele Millionen des Volkes zum Kreis der Fliegergeschädigten gehören. Es ist wahrhaftig nicht zeitgemäß, über mehr oder weniger anfechtbaren Parteidogmen die dringenden Gebote der Stunde zu vergessen oder zu vernachlässigen. Hier können nur äußerste Tatkraft sowie praktische, klare und sachliche Arbeit helfen, die sofort in Angriff zu nehmen ist. In dieser Beziehung ist für die Fliegergeschädigten in den verflochtenen 4 Jahren nichts oder nicht viel geschehen. Ihr Schicksal ist schon beinahe in Vergessenheit geraten. Die Parteien haben vielfach trotz gelegentlicher schöner Worte und Versprechungen andere Interessen. Die Belange der Fliegergeschädigten kommen bei ihnen nicht oder nicht ausreichend zum Zuge, weil eben die Mehrheit der betreffenden Parteien nicht zu den Fliegergeschädigten gehört. Begrifflicherweise ist ihnen daher die Erledigung anderer Aufgaben wichtiger. Diejenigen Mitglieder oder Abgeordneten der Parteien, die ein Herz für die Nöte der zu den Kreisen der Notgemeinschaft Gehörenden haben, richten bei ihnen nichts aus, werden vielmehr glatt überstimmt, was ja die bisherige Entwicklung deutlich genug gezeigt hat. Aus diesen Gründen ist es eine absolute Notwendigkeit, daß die Fliegergeschädigten sich nun zusammenschließen und ihre Angelegenheiten tatkräftig in eigene Hände nehmen. Jetzt, vor der Wahl, versprechen die Parteien auch den Fliegergeschädigten wieder alles mögliche, nachher würde aber alles wieder, wie seither, beim alten bleiben.

Das Hauptziel der Fliegergeschädigten ist ein schneller, sozialer, individueller und vor allem gerechter Lastenausgleich. Diese Forderung ist durchaus und absolut erfüllbar und kein leeres Wunsch- oder Traumgebilde. Auch würde der Lastenausgleich die Wirtschaft keineswegs zum Erliegen bringen, im Gegenteil sie ankurbeln. Denn er würde den Wiederaufbau zahlreicher Wohnungen und Existenzen fördern und diejenigen, die abgabepflichtig werden, zur Leistungssteigerung und zum Angebot von Waren zwingen. Dies

Die Wahlergebnisse stehen in der EZ am Montag Mittag!

„Totentanz“ einer chinesischen Provinz

Die Verschwörung der Elemente. 180 000 Menschen kamen bei einem Erdbeben ums Leben.

Am 16. Dezember 1920 verwüstete ein Erdbeben die Provinz Kansu, die zu den fruchtbarsten Gebieten Chinas gehört und im nord-westlichen Teil des Landes liegt.

Was dieses Erdbeben zu einem der schlimmsten und vernichtendsten Unglücksfälle in der Geschichte der Menschheit machte, waren nicht allein die heftigen Erschütterungen der Erde; Feuer und Wasser, Hitze und Kälte, Erde und Luft schienen sich zu diesem gräßlichen Totentanz gleichsam verschworen zu haben, um ein reiches und blühendes Gebiet aus der Landkarte zu wischen.

Und dies geschah in jener Dezembernacht des Jahres 1920. Die Erschütterungen waren so stark, daß riesige Ablagerungen von Lehm plötzlich von ihren Grundlagen gerissen werden konnten und die abschüssigen Berghänge hinabdonnerten.

In einer großen Höhle nahe der Stadt Sakhi waren in jener Nacht 500 Verschwörer versammelt, um den Worten von Ma Shanren zu lauschen, dem fanatischen Führer von Kansus Mohammedanern und einer Unabhängigkeitsbewegung, die es sich zum Ziel gesetzt hatte, die Provinz Kansu von China loszulösen.

Die „Apokalyptischen Reiter“

Während der ganzen Nacht kam die Erde nicht zur Ruhe; Städte und Dörfer wurden verschüttet und verschlungen, in vielen Gegenden gab es mehr Tote als Lebende.

dem Druck der Wassermassen nachzugeben, klaffend sprangen die Schranken auf und eine schlammige Sturzflut toste in die Täler. Und wieder starben Menschen. Sie starben vor Kälte, sie starben vor Hunger, denn die meisten Mühlen waren zertrümmert und die Kornvorräte ruhten tief unten in den eingesunkenen Dörfern und den verriegelten Höhlen.

und keine Hilfe kam von draußen. Zunächst sickerten die wahn sinnigen Rufe nach Nahrung, Kleidung und Medikamenten kaum über die Grenze von Kansu, denn die telegrafischen Verbindungen waren unterbrochen und der Verkehr zu einem Stillstand gekommen.

Provinz. Und wieder hatten sich alle Elemente verbunden. Es werden wieder Tausende und Abertausende von Menschen gewesen sein, die auch dieses Mal ums Leben kamen, die erschlagen wurden, die verbrannten, ersticken, ertranken, die lebendig begraben, von Hunger und Kälte getötet oder von Seuchen hinweggerafft wurden.

Eine Verpackungsmaschine für Salat

Nach mehr als 2000 Versuchen innerhalb der letzten zwei Jahre hat die Forschungsabteilung der Western Growers Association (Produzentenvereinigung des amerikanischen Westens) eine Maschine fertiggestellt, die pro Minute 2000 Salatköpfe verpackt, wobei jeder einzelne in Papier gehüllt wird.

UNSER RUNDFUNK

Programm des Südd. Rundfunks

auf Wellen 523 m = 574 kHz und 49,75 m = 6033 kHz

Sonntag, 14. August

- 6.00 Morgenspruch, Choral, Frühmusik
6.30 Kirchenmusik
7.00 Programmvorschau
7.05 Morgenstund hat Gold im Mund
7.45 Nachrichten, Wetterbericht
8.00 Landfunk mit Volksmusik
8.30 Aus der Welt des Glaubens
8.45 Orgelmusik: Joh. Seb. Bach Präludium, Largo und Fuge C-Dur
9.00 Katholische Morgenfeier
9.30 Von der Freiheit im Staat: Zeugnisse deutscher Dichter
10.20 Melodien am Sonntagmorgen
11.00 Universitätstunde
11.20 Das Meisterwerk: J. Brahms Klavierquintett f-moll op. 34
12.00 Vorschau auf kulturelle Veranstaltungen
12.05 Musik am Mittag
12.45 Nachrichten, Wetterbericht
13.00 Die Schläger des Monats
13.30 Aus unserer Heimat: Zum 100. Todestag des pfälz. Dichters Gottfried Nader
14.15 Kinderfunk
15.00 Stunde d. Chorgesanges: Gesangsverein „Lyra“ Bruchsal
15.30 Eine Stund schön und bunt
16.30 Und jetzt ein Tänzchen
17.00 „Ein Volksfeind“ Schauspiel von Ibsen m. Albert Bassermann
18.10 Ludwig van Beethoven: Ouvertüre zu „Fidelio“ und Symphonie Nr. 7 A-dur
19.00 Die Stimme der Vereinigten Staaten von Amerika
19.30 Der Sport vom Sonntag
19.45 Nachrichten, Wetter, Sport und Toto
20.05 Bunte musikalische Abendunterhaltung — dazwischen Wahlergebnisse
21.45 Nachrichten, Wetter, Sport
22.00 Bunte musikalische Abendunterhaltung — Fortsetzung m. weiteren Wahlergebnissen
23.50 Nachrichten, Sport
24.00 Tanzmusik — dazwischen weitere Wahlergebnisse
02.00 Sendeschluß

Montag, 15. August

- 6.00 Morgenspruch, Choral, Frühmusik
6.45 Nachrichten, Wetterbericht
7.00 Südwestdeutsche Heimatpost
7.15 Morgenstund hat Gold im Mund
7.55 Nachrichten
8.00 Haus und Heim
9.00 Im Vorübergehen — Eine Marienlegende
9.45 Nachrichten
9.50 Kleine Klaviermusik. Franz Schubert: Deutsche Tänze
10.00 Schulfunk
10.30 Giov. Pierluigi Palestrina: Messe z. Mariä Himmelfahrt
11.00 Katholische Morgenfeier
11.30 Kl. Konzert: H. Kaminski Streichquartett F-dur
12.00 Musik am Mittag
12.45 Nachrichten, Wetterbericht
13.00 Echo aus Baden
13.10 Musik nach Tisch
14.00 Schulfunk
14.30 IRO-Suchdienst für Württemberg und Baden
15.30 Börsenkurse
15.45 Kinderfunk
16.00 Das Unterhaltungsorchester von Radio Stuttgart
16.45 Wir sprechen über neue Bücher
17.00 Konzertstunde
17.45 Nachrichten
17.50 Zeitfunk
18.00 Quer durch den Sport
18.15 Für die Frau
18.30 Geh aus mein Herz und suche Freud! Alte Sommerlieder gesungen von der Singgemeinde Oberkochen
19.00 Die Stimme der Vereinigten Staaten von Amerika
19.30 Die aktuelle Viertelstunde
19.45 Nachrichten, Wetterbericht, Kurzkomm.
20.00 Virtuose Musik v. Paganini Chopin und Sarasate
20.30 Sendung der Militärregierung für Württ. und Baden
21.00 Unterhaltungskonzert
21.45 Nachrichten, Wetterbericht
22.00 Zeit und Leben
22.30 Opermelodien
23.00 Das Nachtprogr.: Die Gottesfrage I. d. heutige Dichtung
23.55 Letzte Nachrichten des Tages

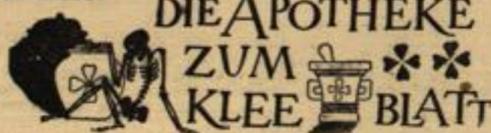
Dienstag, 16. August

- 6.00 Morgenspruch, Choral, Frühmusik
6.35 Morgengymnastik
6.45 Nachrichten, Wetterbericht
6.50 Evangelische Morgenandacht
7.00 Südwestdeutsche Heimatpost
7.15 Morgenstund hat Gold im Mund
7.55 Nachrichten
8.00 Für unsere Heimkehrer
9.00 Kindersuchdienst
9.15 Suchmeldungen
9.45 Nachrichten
10.00 Schulfunk
10.30 Suchdienst für Heimkehrer und Kriegsgefangene
11.30 Kl. Konzert Georg Friedrich Händel und Joseph Haydn
12.00 Landfunk
12.15 Hans Bund spielt
12.45 Nachrichten, Wetterbericht
13.00 Echo aus Baden
13.10 Musik nach Tisch
14.00 Schulfunk
14.30 Aus der Wirtschaft
14.45 Jeder lernt Englisch
15.00 Chormusik: Der Madrigalchor d. Heidelberger Musikhochschule
15.15 Klaviermusik
15.45 Aus der Weltliteratur: „Die Brüder Goncourt“
16.00 Nachmittagskonzert
17.00 Christentum und Gegenwart
17.15 Kammermusik
17.45 Nachrichten
18.00 Mensch und Arbeit
18.15 Jugendfunk: Reportage über die Pestalozzistädte u. das internationale Sommerlager in Wahlwies
18.30 Klänge der Heimat
19.00 Die Stimme der Vereinigten Staaten von Amerika
19.30 Die aktuelle Viertelstunde
19.45 Nachrichten, Wetterbericht, Kurzkomm.
20.00 Salzburger Festspiele 1949: Orchesterkonzert W. A. Mozart: Eine kleine Nachtmusik A. Bruckner: 8. Symphonie c-moll. Lie Wiener Philharmoniker, Dirigent: Wilhelm Furtwängler
21.45 Nachrichten, Wetterbericht, Kommentar v. Alfr. Boerner
22.00 Das Tanzensemble von Radio Stuttgart
22.50 Aus Theater u. Konzertsaal
23.00 Die Kapellen Bruno Slinger und Kurt Graunke spielen
23.55 Letzte Nachrichten des Tages

Mittwoch, 17. August

- 6.00 Morgenspruch, Choral, Frühmusik
6.30 Programmvorschau
6.45 Nachrichten, Wetterbericht
6.50 Evangelische Morgenandacht
7.00 Südwestdeutsche Heimatpost
7.15 Morgenstund hat Gold im Mund
7.55 Nachrichten
8.00 Haus und Heim
8.10 Wasserstandsmeldungen
8.15 Morgenmusik
9.00 Im Vorübergehen
9.15 Suchmeldungen
9.45 Nachrichten
9.50 Akkordeonquintett Rauch
10.00 Schulfunk
10.30 Suchdienst für Heimkehrer und Kriegsgefangene
10.45 Programmvorschau
11.30 Das Heidelberger Unterhaltungsorchester spielt
11.55 Vorschau auf kulturelle Veranstaltungen des Tages
12.00 Musik am Mittag
12.45 Nachrichten, Wetterbericht
13.00 Echo aus Baden
13.10 Melodien von Werner Bochmann
13.35 Programmvorschau
14.00 Schulfunk
14.30 IRO-Suchdienst für Württemberg und Baden
14.50 Kultur-Umschau
15.05 Das Heinz Lucas-Quintett
15.30 Börsenkurse
15.45 Kinderfunk
16.00 Für Dich daheim
16.15 Hermann Zilcher
17.00 Blick in die Welt
17.15 Nachrichten
17.50 Zeitfunk, anchl. Programm-vorschau
18.00 Sport gestern und heute
18.15 Guten Abend, lieber Hörer
18.55 Die Anschlagssäule
19.00 Die Stimme der Vereinigten Staaten von Amerika
19.30 Innenpolitische Umschau
19.45 Nachrichten, Wetterbericht
20.00 Leonce und Lena: Ein Lustspiel von Georg Büchner
21.20 W. A. Mozart: Trio für Klavier, Klarinette u. Bratsche
21.45 Nachrichten, Wetterbericht
22.00 Musikalisches Allotria
22.30 Schachfunk
22.45 Das schöne Lied
23.00 Das Nachtprogramm: Dr. F. Kraus „Arbeit und Muße“
23.30 Tanzmusik
23.55 Letzte Nachrichten des Tages

PETER HILTEN



Copyright 1949 by Verlag Melmer & Herber Stuttgart

Seine Arbeiten über einen farbig kopierbaren Film waren erst bis zu einem gewissen Grade geduldet, und schon hatte Carter der Welt als Tatsache verkündet, daß der farbig kopierbare Film erfunden sei.

„Dabei bin ich noch gar nicht sicher, ob die Farben auch haltbar sein werden...“

Thomas reichte ihm das Telegramm. Ehrhardt las. „Verdammt Geschichte!“ sagte er kopfschüttelnd. „Blödsinnig — ich meine das Bedeutsame. Das hat dir gerade noch gefehlt! — Glaube aber ja nicht, daß dich Carter deswegen losläßt.“

In Florida, zwischen Miami und Palm Beach, dehnte die Libbery-Owen-Turner Picture Co. seit Wochen in Gegenwart des Präsidenten Mr. Libbery-Owen den Superfilm „Tilikli“.

Der Film handelte von abenteuerlichen Schicksal eines deutschen Auswanderers und eines jungen, von ihm geliebten Mädchens, das ihm über das große Wasser nachreist, um ihn — den Verschollenen — zu suchen. Auch sie erlebt wilde und sehr gefährliche Abenteuer, bis sie ihn endlich findet. Diese Angelegenheit spielte zur Zeit der amerikanischen Befreiungskriege. Sie war echt amerikanisch aufgezo-gen: voll geläutem Pomp und rühmlich-romantischer Übertriebenheit.

Zwischen Miami und Palm Beach erhoben sich aus diesem Anlaß die Bauten einer kleinen deutschen Stadt in den amerikanischen Himmel. Ein Marktplatz mit alten Häusern, ein Brunnen plat-

schert, wuchtig steht das alte Rathaus der Kleinstadt...

Während der Aufnahmearbeiten zogen vor den Aufnahmekameras Truppen vorbei. Staub wirbelte, Pferde gingen hoch, Korporale schalten, Offiziere galoppierten, Hörner klangen, almodische Kanonen rasselten über den sonnengebackenen Boden Floridas, Soldatenlieder wurden gesungen. Dazwischen überklang süß und ergreifend, die Stimme Désirée Girards, die die Rolle des jungen Mädchens spielte, den kriegerischen Lärm. Kriegsrufe, Signale, Truppen, Gamaschenschritte, Indianer, Pfeile, brennende, prasselnde Blockhäuser, Gewehrfeuer, Schüsse. Soldaten fielen mit dem Gesicht in den Staub. Palisaden krachten zusammen. Trommelwirbel, Trauermärsche, sieghafte Hurrarufe!

Désirée in ihrer Rolle weinte, lachte und sang. Die Regisseure brüllten in Sprachtrichter und leiteten die Handlungen vor den Kameras. Tonaufnahmegeräte standen unter schützenden Zelten. Zahlen wurden gerufen, Abstände gemessen, Darsteller und Darstellerinnen nachgeschminkt, süß Knöpfe angehängt und Requisiten nachgehoben. „Achtung! Aufnahme!“ Sirensignal: Ruhe! Rotes Licht! Klappen knackten hart und trocken. „Szene 357! Tilikli!“

Tilikli — so hieß Désirée in ihrer Rolle — wird von einem eintrudenden Offizier im letzten Augenblick vor den Rohblättern gerettet. Der Offizier reitet vorweg, großartig, von Pfeilen und Kugeln umschwirrt... Die Kameras drehen lautlos, es scheint, als ob niemand zu atmen wage.

Der Offizier reißt Tilikli zu sich in den Sattel, setzt über einen brennenden Palisade, stürzt um ein Haar mit Roß und Tilikli einen steilen hohen Hang hinunter, der Genickbruch bedeuten hätte, und gewinnt die Linien der eigenen Truppen...

Es war ein tarbentropes Bild, das sich unter der Sonne Floridas abwickelte und geschichtfernes Geschehen aus dem alten Europa und Amerika gegenwärtig machte.

Mr. Libbery-Owen war von dem Thema des Films seltsam berührt. Er fühlte sich irgendwie selbst in die Handlung verflochten. Er vergaß „BALOG“ und Hamilton Lloyd. Er sagte alle Konferenzen ab und blieb an der Seite Désirées. Er bewunderte sie und fühlte, daß s'e ihm, je mehr der Film fortschritt, entging. Spielte sie denn noch, oder lebte sie die Rolle, die sie spielte? Wem galt die Liebe, die sie in ergreifenden Szenen verkörperte? Sie war groß und stand mit Herz und Seele hoch über ihm.

Abends nach den Anstrengungen der Aufnahmetage pflegte Désirée mit Libbery an der Seite ihr weißes Kabriolet über die abendlich belebte, noch die Hitze des Tages ausstrahlende Atlantik Avenue zu steuern. Die Windschutzscheibe war nach vorn niedergeklappt, und Désirée bot ihr Gesicht voll Trunkenheit dem Fahrwind dar. Der Asphalt spiegelte das Licht der endlos scheinenden Doppelreihen von Kandelabern. Auto an Auto glitt die Strandavenue entlang, junge Männer hielten Mädchen und steuerten mit einer Hand, Frauen lachten, man fuhr nach den bevorzugten eleganten Strandhotels zu Tanz und Flirt. Dann und wann erklang aus dem Lautsprecher lautlos fahrender Wagen Musik, die Worte eines Sprechers schlugen ans Ohr. Alles summte in diesem ewigen Sommer. Zur Linken verlor sich das Licht in blauer Dämmerung über der Weite des Atlantik. In den Dünen lagen Pärchen. Die Luft roch nach See, in der leichten Brise bewegten sich leise die Kronen der hohen Palmen.

Désirée wußte, warum sie ihre Rolle mit ganzer Seele spielen mußte. Sie dachte an Ruth. Diese Furcht hatte sie seit jenem Bild, auf dem sie Ruth in Begleitung Libberys gesehen hatte, nicht mehr verlassen.

Nun, Tilikli würde ein Weiterfolg werden. Und sie spielte die Hauptrolle!

Sie spielte dabei aber auch, um den Mann an ihrer Seite wenigstens solange noch zu fesseln, bis die letzte Aufnahme zu Tilikli gedreht war. Nur so lange. Dann war sie frei! Sie haßte Libbery.

jetzt. Sie haßte sein hintergründiges Schweigen, sein Lächeln, seine kalte Gier. Ihm dankbar sein? Wofür auch? Kam nicht alles, was er tat, aus grenzenloser Selbstsucht? Liebt er sie vielleicht? Kannte er überhaupt Liebe?

Wußte er, daß Ruth ihre Tochter war? Désirée war überzeugt, daß er es wußte und sie mit seinem Schweigen in Schweben hielt, um das Letzte aus ihr herauszuholen. Gut, sollte er es wissen! Aber dann würde sie Ruth vor ihm schützen. Es war ein Spiel bis zur letzten atemlosen Hingabe.

Die Spannung, die zwischen Désirée Girard und Mr. Libbery-Owen an Bord der „Queen Mary“ begonnen hatte, steigerte sich bis zum Zerreißten. Libbery begann zu fühlen, daß er Désirée verlieren würde. Verlieren wie andere Frauen zuvor. Auch sie würde ihn eines Tages fliehen.

Aber die Arbeiten an „Tilikli“ würden noch Wochen dauern. So lange mußte sie bleiben!

Langsam nahm die Angst Libberys wieder in ihre Fänge und trieb ihn, nach Neuem Ausschau zu halten. Ein neues Abenteuer? Eine neue Sensation? Oder Liebe. Wirkliche Liebe, die es vielleicht doch gab, die Désirée hinreißend spielte, und die Leslie Libbery-Owen in seinem armseligen Egoismus ein bespötteltes Geheimnis gewesen war. Man müßte dieses Mädchen gewinnen, diese Ruth Kramer!

Da kam von Carter ein Telegramm, daß der farbig kopierbare Film erfunden sei. Die Nachricht verbreitete sich auf dem Filmgelände der Libbery-Owen-Turner Picture Co. wie der Aschenbrand eines windgepeitschten Feuers.

„Tilikli“ einstellen!

Der Ruf drang von der Direktion aus in die Regiezimmer, Synchronisationsräume, Kopieranstalten, Kantinen, Garderoben und Werkstätten. Es fiel lähmend mitten in die Freilichtaufnahmen mit ihrem Hunderten von Darstellern kleiner und kleinster Rollen in die hegeligten Winkel, wo sich die Stars auf-bequemen Liegestühlen räkelt und den Ruf zur Aufnahme bei eisgekühlten Drinks erwarteten.

Keinen Cent mehr für „Tilikli“ in Schwarz-Weiß-Film!

(Fortsetzung folgt.)